

Guy Urbany

Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21

Politik muss sich der Zeit anpassen. Sie kann nicht mehr wie früher einfach „über die Köpfe hinweg“ Entscheidungen treffen. Es gilt, in allen Entscheidungen die Meinung der Bürger zu berücksichtigen und in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen. Es liegt also auf der Hand, eine neue Form der Politik herbeizuführen. Nur so kann man zu Entscheidungen finden, welche von einer breiten Masse getragen werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich einbringen, indem sie sich beteiligen und zu den Themen und Projekten der Politik Stellung beziehen.

Die Lokale Agenda 21

Die „Agenda 21“ wurde von 179 Staaten – darunter auch Luxemburg – unterzeichnet und mündet in einem Aktionsprogramm, das nationale Nachhaltigkeitsstrategien entwickeln soll, die neben ökologischen auch soziale und ökonomische Politikfelder einbeziehen. Nachhaltigkeit definiert sich somit als integratives Konzept der Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales, für eine zukunftsverträgliche Entwicklung – auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene.

Die Agenda 21 setzt die Bedeutung der aktiven und gleichberechtigten Beteiligung **aller** gesellschaftlicher Gruppen voraus. Die Kommunikation der Ziele, Inhalte, Anliegen und Handlungschancen einer nachhaltigen Entwicklung erreicht man nicht nur durch eine bürgergerechte Information, sondern auch durch Einführung neuer Partizipationsverfahren.

Die Kommunen sind die Verwaltungen, welche den Bürgern am nächsten sind. Deshalb kommt ihnen bei der Umsetzung der Agenda 21 und der darin for-

mulierten Ziele eine zentrale Rolle zu. Sie sind aufgefordert, in einen Dialog mit ihren Bürgern, lokalen Organisationen und der Privatwirtschaft zu treten. Sie sollen eine der Gemeinde angepasste Agenda 21, die sogenannte Lokale Agenda 21 (LA 21), erarbeiten. Die Bürgerbeteiligung ist somit integrativer Teil einer nachhaltigen Entwicklung.

Die Agenda 21 setzt die Bedeutung der aktiven und gleichberechtigten Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen voraus.

Die Erarbeitung konsensfähiger Nachhaltigkeitsstrategien fordert von der Politik eine hohe Integrationsleistung. Nicht nur die Kooperationsbereitschaft seitens der Kommunalverwaltungen, sondern vor allem das aktive Engagement der Bevölkerung sind Grundvoraussetzung für einen LA 21-Prozess.

Die Zielsetzung muss sein, dass Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung **gemeinsam** nachhaltige Ziele

entwickeln und umsetzen. Dabei ist ein hohes Maß an Konfliktbereitschaft notwendig. Diese Bereitschaft ist nicht jedem gegeben und muss gegebenenfalls erlernt werden.

Sowohl die Politik als auch die Bürger müssen sich ihrer Rollen bewusst sein. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich engagieren, bei Projekten neue Ideen und Sichtweisen einbringen, Aufgaben annehmen, welche die Verwaltung nicht oder nur mit großen Schwierigkeiten angehen kann.

Dem gegenüber muss die Politik bereit sein, diese Ideen der Bürgerinnen und Bürger ernsthaft in die Entscheidungsfindung einzubeziehen und „Hand in Hand“ mit seinen Einwohnern zum Wohl der ganzen Bevölkerung arbeiten. Politik und Verwaltung müssen ihre Aufgaben als Auftragsarbeit der Bürger verstehen. Sie müssen sich hin zu einer bürgerorientierten Serviceleistung entwickeln.

Guy Urbany, Chemiker, hat mit Marc Zanussi das Bürgerforum in Düdelingen initiiert und koordiniert. Seit März 2008 reorganisiert er bei der Gemeinde Bettemburg das kommunale Umweltamt. Er ist außerdem Präsident der Umweltberodung Lëtzebuerg.

Warum braucht es Bürgerbeteiligung?

Nachhaltige Entwicklung braucht Visionen. Phantasie und neue Ideen sind bereichernd. Es gilt, zusätzliche „Manpower“ für die Kommune zu entwickeln. Die Politik soll das umfangreiche Wissen seiner Einwohner auf Ebene aller gesellschaftlichen Gruppen ausschöpfen.

Mit neuen Partizipationsformen lässt sich auch die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern verbessern. Die Entscheidungen werden von einer breiten Masse getragen. Es lässt sich ein stärkeres WIR-Gefühl aufbauen. Konflikte können unmittelbar mit den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen diskutiert und abgebaut werden. Die Bürgerbeteiligung kann somit für die Bewältigung bevorstehender Kontroversen hilfreich sein, aber auch im Kontext potentieller neuer Konfliktbereiche eine große Hilfe sein.

Durch Bürgerbeteiligung erweitert sich auch der Blickwinkel der Kommunalverwaltung. Die politischen Verantwortungsträger erhalten wertvolles Feedback darüber, ob sie mit ihren Vorstellungen und Aktivitäten richtig liegen; zudem kann die Verwaltung durch externe Impulse ihre Arbeitsprozesse optimieren und effektiver werden.

Die Bürgerinnen und Bürger können Aufgaben übernehmen, welche die Verwaltung in dieser Form nicht leisten kann. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht einfach als Ideengeber institutionalisiert werden, sondern aktiv Verantwortung für die Begleitung von Prozessen übernehmen.

Worin liegen potentielle Risiken?

Problemfelder bei Bürgerbeteiligung stellen sich wie folgt dar:

- Da die LA 21 ein langfristiger Prozess ist, wird es schwer sein, die Bürgerinnen und Bürger über diesen langen Zeitraum zu interessieren. Nur indem man sich die richtigen Strukturen gibt, wird es möglich sein, dieser Schwierigkeit zu begegnen. Hierbei sind Erfolgserlebnisse von großer Wichtigkeit.

- Die Zielsetzungen können sich als zu ambitiös erweisen und daher nicht umgesetzt werden. Es kann Dynamik mit Forderungen entstehen, welche die Politik nicht bewältigen kann. Es kommt

dann zu Enttäuschungen. Man muss deshalb von Anfang an sicherstellen, welches die Aufgaben sind und wo die Grenzen der Bürgerbeteiligung liegen.

- Die Akteure können überfordert werden aufgrund der hohen Komplexität der Thematik und mangelnder Erfahrung. Hier ist das Einbeziehen von Experten sinnvoll. Aber auch die Sichtweise von Laien kann oft in Projekten von Nutzen sein.

Die Politik soll das umfangreiche Wissen seiner Einwohner auf Ebene aller gesellschaftlichen Gruppen ausschöpfen.

- Die Bürgerbeteiligung kann als Konkurrenz zu etablierten Institutionen angesehen werden, sowohl bei der Politik als auch bei der Verwaltung. Bereits am Anfang der Bürgerbeteiligung ist klarzustellen, wo es Überschneidungen geben und wie man diesen begegnen kann. Man sollte auf jeden Fall den Kontakt zu diesen Institutionen suchen und mit ihnen diskutieren. Es muss klargemacht werden, dass die Bürgerbeteiligung komplementär zu anderen Gremien sein soll.

- Mangelnde Verbindlichkeit und mangelnder Wille zur Umsetzung des verabschiedeten Handlungsprogramms. Die Politik muss sich Regeln geben, wie und unter welchen Bedingungen Ideen von Bürgerforen umgesetzt werden können.

- Aufgrund der Freiwilligkeit der Teilnahme an der Bürgerbeteiligung kann es zu hoher Fluktuation der Teilnehmenden kommen. Das kann sich störend im Laufe eines bestimmten Prozesses auswirken. Allerdings kann eine Bürgerbeteiligung in anderer Besetzung für verschiedene Projekte sehr wohl funktionieren.

- Es kann zu „blindem Aktionismus“ und unsystematischem Vorgehen kommen. Außerdem kann es in Gruppen passieren, dass Mitglieder sich nicht richtig artikulieren können oder von anderen „überrollt“ werden, oder im Gegenteil, dass Mitglieder die Diskussion monopolisieren. Diese unerwünschten Handlungsweisen kann man im Griff behalten, indem man den Gruppen eine externe Moderation zur Hand gibt. Die Moderatoren können bremsen, anschieben, hinterfragen und synthetisieren. Es sind auch die Moderatoren, welche die Sitzungen aufgrund der Themen vorbereiten.

oko
consulting



NATURATA

Fair a kooperativ mat de Bio-Bauern



frisch Bio-Vollmilch

frisch Bio-Vollmilch

5% Fett

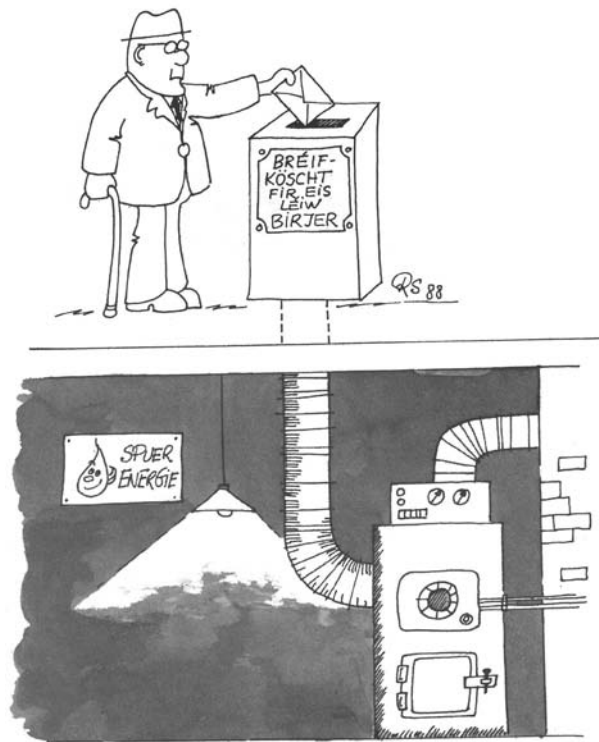
LÖWEN-MILCH

- 1 Rollingergrund**
 - Lebensmittelgeschäft
 - Metzgerei
- 2 Munsbach**
 - Supermarkt - Lebensmittel
 - Restaurant & Catering
 - Akzent (Naturkleider, Spielwaren, Bücher)
- Ettelbrück**
- 3** • Lebensmittelgeschäft
- 4 Hupperdange**
 - Hof-Laden Schanck-Haff
- 5 Dudelange**
 - Lebensmittelgeschäft
- 6 Foetz**
 - Lebensmittelgeschäft



Goûtez le bio,
goûtez la vie!

Äre Spezialist fir Bio- an Demeter-Liewesmëtzel



Cover der forum-Ausgabe 106 (November 1988) mit einem Dossier zum Thema „Gemeinde: weder autonom, noch demokratisch?“

Aus all diesen Gründen ist es wichtig, dass sich ein Forum der Bürgerbeteiligung straffe Regeln gibt, welche Probleme von vornherein verhindern oder lindern.

Wie kann man die Bürgerbeteiligung in die Tagespolitik verankern?

Außer dem Schaffen von Bürgerforen können andere Formen der Bürgerbeteiligung institutionalisiert werden. Hierfür bedarf es der Bereitschaft der Politik.

Zu Beginn der Gemeinderatssitzungen können Fragestunden der Bürger eingerichtet werden.

Man kann eine bestimmte Anzahl von Unterschriften sammeln und so den Gemeinderat verpflichten, sich mit einem bestimmten Thema zu befassen. Gleichzeitig sollte sich dann der Schöfferrat verpflichten, den Punkt auf seine Tagesordnung zu setzen.

Der Schöfferrat verpflichtet sich vor Inangriffnahme eines wichtigen Projekts dazu, die Bürger einzubinden. Falls aber eine bestimmte Anzahl von Bürgern ihre Einbindung beim Schöfferrat verlangt, verpflichtet dieser sich dazu, diesem Anliegen Rechnung zu tragen.

Darüber hinaus verpflichtet sich der Schöfferrat zur Informationspflicht und einmal im Jahr gemeinsam mit dem „Forum“ eine Bürgerversammlung abzuhalten, um über den aktuellen Stand von Projekten zu informieren.

Die rechtliche Verankerung der Bürgerbeteiligung in der Tagespolitik kann in die Form eines internen Gemeindereglements gekleidet werden.

Aufbau neuer Formen der Bürgerbeteiligung

Es können Arbeitskreise eingesetzt werden. Hier muss sich die Form der Zusammenarbeit ergeben.

Die Arbeitskreise werden von einer übergeordneten Struktur, dem Arbeitskreis „Dach“, koordiniert, in welchem Vertreter der einzelnen Kreise vertreten sind. Sie können themenbezogen arbeiten, müssen es aber nicht. Durch eine thematische Herangehensweise können sich allerdings Experten besser mit ihrem Fachwissen einbringen.

Man kann auch Arbeitskreise einsetzen, die an Projekten und Ideen ihr Viertel betreffend, arbeiten. Dies kann möglicherweise die Bereitschaft für die Mit-

arbeit erhöhen, da die Mitglieder sich direkt betroffen fühlen.

Die Arbeitskreise sollen nicht um jeden Preis künstlich am Leben gehalten werden. Sie sollten entstehen, wenn nötig und sich gegebenenfalls auflösen, wenn die Arbeit erledigt wurde. Lediglich der Arbeitskreis „Dach“ muss bestehen bleiben. Dieser hat auch dafür Sorge zu tragen, Informationen nach außen zu tragen, gegebenenfalls (bzw.) eine Internetseite mit geschaltetem Forum zu unterhalten und periodisch Aktionen zu organisieren.

Voraussetzungen für die Etablierung neuer Partizipationsformen

Zunächst müssen nachhaltige Ziele definiert werden, die mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen und Kompetenzen realisierbar sind.

Man sollte dokumentieren, was in der Kommune läuft und wo Handlungsbedarf besteht, d.h. man sollte den IST-Zustand bilanzieren.

Man kann Eckdaten zur Demonstration aufzeichnen, wie gut wir leben und wie wir gleichzeitig nachhaltig handeln können, ohne unsere individuellen Resultate zu verschlechtern. Zur Dokumentation des Nachhaltigkeitsgedankens kann es hilfreich sein, Gäste aus anderen Kulturen einzuladen.

Man sollte bestehende Strukturen der Bürgerbeteiligung als Multiplikator nutzen.

Wichtig ist den Bürgern klar zu machen, dass die Beteiligung Spaß machen kann und gleichzeitig jedem Beteiligten in seiner persönlichen und sozialen Entwicklung förderlich ist.

Die Verwaltung sollte nur Hilfestellung geben, wenn sie gefragt wird. Die Impulse sollen aber aus der Bevölkerung kommen.

Der Prozess sollte anfangs unbedingt extern moderiert werden. Sollte später auf interne Moderation zurückgegriffen werden, so muss dafür vorab unbedingt eine entsprechende Schulung angeboten werden.

Dieser Artikel basiert auf einem Text zu einem Strategiepapier von Birgit Böhm vom Büro „mensch und region“ für die Stadt Dülmen.

Welche Schlussfolgerungen kann man aus der Bürgerbeteiligung ziehen?

Erfahrungen aus fünf Jahren Koordinationsarbeit in Düdelingen

Bürgerbeteiligung als persönliche und soziale Bereicherung

Die verschiedenen Arbeitskreise in der Bürgerbeteiligung waren nicht sehr homogen besetzt. Sie stellten einen guten Querschnitt durch die Bevölkerung dar, sowohl in Bezug auf Alter als auch auf Studiengrad und sozialen Stand. Zu beobachten, dass sich Studenten mit Pensionären, Professoren mit Handlangern, Direktoren mit Arbeitern zusammensetzten, war sehr interessant.

Leider waren weit weniger unterschiedliche Nationalitäten im Bürgerforum vertreten als das in der Gemeinde Düdelingen der Fall ist. Ein Hindernis war sicher die Sprache. Trotzdem waren ausländische Mitbürger vertreten, die allerdings der luxemburgischen Sprache mächtig waren oder sie zumindest verstanden. Umso mehr wurden ausländische Bürger in dem Bürgerforum positiv aufgenommen. Manchmal waren es gerade sie, die das Forum weiterbrachten durch ihre von einer anderen Kultur geprägte Sichtweise. Hier hat sich verdeutlicht wie wichtig es ist, für andere Kulturen offen zu sein. Um diese wertvolle Mitarbeit gezielter nutzen zu können, muss man sich Gedanken machen, wie ausländische Bürger besser am Prozess zu beteiligen sind.

Ebenfalls konnte festgestellt werden, dass sich Personen in unterschiedlichem Maße einbringen und engagieren wollten. Dies war aber kein Problem, sondern führte eher dazu, dass sich die Vertreter der Gruppen, welche Berichte erstellten, Sitzungen einberiefen, mit dem Schöffenrat Kontakt hielten, natürlich ergaben.

Durch die moderierten Sitzungen war es jedem Teilnehmer möglich sich einzubringen und es konnte beobachtet werden, wie sich eher zurückhaltende Personen im Lauf der Zeit öffneten und kompetent einbrachten. Diese

Tatsachen sprechen für die positive Wirkung und machen Bürgerbeteiligung für jedes Individuum wertvoll, da jeder sich in der Gruppe sozial entwickelt.

Fehleinschätzungen und ihre Bewältigung

Falscheingeschätzt wurde sicherlich der Arbeitsaufwand, welcher hinter der Organisation der Bürgerbeteiligung steckt. Wurden die Organisation des Forums, die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen anfangs, sozusagen als Starthilfe, ausschließlich von der Koordination übernommen, so wurde der Druck auf die Gruppe stärker, als die Koordination sich stufenweise zurückzog und sich auf reine Koordinationsarbeit beschränkte. Es gab hier verschieden stark engagierte Bürger, die bereit waren, konkrete Arbeiten zu übernehmen. Jedoch konnte man, wie oben bereits erwähnt, feststellen, dass die Gruppe wie selbstverständlich die Personen, welche sich mehr einbringen wollten, unterstützte und denen auch gewisse Führungsrollen zuerkannte. Natürlich gab es auch Fehleinschätzungen seitens der beteiligten Bürger, die mit Enttäuschungen verbunden waren.

Das Bürgerforum hatte sich für die Bildung von thematischen Arbeitsgruppen entschieden. Ziemlich schnell war aber klar, dass aufgrund der relativ kleinen Teilnehmerzahl die Belastung durch das Mitwirken des Einzelnen in mehreren Arbeitskreisen zu hoch war. Demgegenüber konnte das Arbeiten in Gruppen genutzt werden, um eine Bestandsaufnahme von möglichen Arbeiten und Interventionen zu machen und diese auch zu skizzieren. Dem Druck der Überbelastung der Einzelnen nachgebend, wurde beschlossen, die thematischen Arbeitskreise zu verlassen und erneut als Plenum zu agieren. Schwierig gestaltete sich nun, ausgehend von den Arbeitsaufträgen der einzelnen Kreise, im Plenum eine Prioritätenliste zu erstellen, mit der sich die Mitglieder der einzelnen Arbeitskreise identifizieren konnten.

Auch die Fluktuation der Teilnehmer hat sich als störend erwiesen. Dies vor dem Hintergrund, dass die „Neuen“

auf einen gewissen Wissensstand, was die Partizipation und auch die erarbeiteten Themen anbelangt, gebracht werden müssen. Es ist aber unbedingt notwendig, Mitglieder nicht zurückzuhalten und diesen Wechsel zu akzeptieren.

Als schwierig hat sich auch erwiesen, dass Teilnehmer ihre Fähigkeiten über- und Probleme unterschätzten. Mit diesem Phänomen muss man sehr behutsam umgehen, um die Betroffenen nicht zu verletzen. Man kann ihnen eine andere Person als Unterstützung geben, ohne sie aber bevormunden zu wollen.

Ebenfalls war sich das Bürgerforum nicht immer im Klaren, wo die Schnittstelle mit der Verwaltung lag. Durch die lange Dauer der Entscheidungsfindung in der Verwaltung hat das Bürgerforum die Geschicke selbst in die Hand genommen, anstatt nach Erarbeitung eines Projekts die Realisation der Verwaltung zu überlassen. Diese Vorgehensweise war der Fortführung eines gutgemeinten Projektes nicht unbedingt zuträglich.

Fazit aus Sicht des Koordinators

Aus den positiven und negativen Erfahrungen, welche gemacht wurden, lassen sich Empfehlungen ableiten. Diese hier aufzuzählen, würde zu weit führen. Voraussetzung für eine gelungene Bürgerbeteiligung ist jedoch, dass die Politik und mit ihr die Verwaltung Bürgerbeteiligung wollen und als etwas Nutzbares und Wertvolles schätzen. Sie müssen gewährleisten, dass vorgeschlagene interessante Projekte auf Machbarkeit überprüft werden und gegebenenfalls möglichst schnell umgesetzt werden. Für den Fall, dass Projekte nicht umgesetzt oder realisiert werden können, müssen die Gründe deutlich gemacht werden.

Bürgerbeteiligung muss vor allem Spass machen und jeder Teilnehmer sollte sich persönlich entfalten und sozial bereichern können. Wenn die Bürgerbeteiligung gut strukturiert ist, wird sie diesen Anforderungen auch gerecht und kann der Politik und der Verwaltung eine wertvolle Hilfe sein.

Guy Urbany